

# Studienreise einer Delegation des Rates SEK nach Brüssel und Strassburg



Herausgeber	Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund
Autorin	Annette Mingels
Reihe	Berichte
Titelbild	refbild/Medienpark
Gestaltung	Büro + Webdesign Daniela Tobler, Bern
Druck	Stämpfli AG, Bern

Den Reisebericht nach Brüssel hat der Rat verabschiedet  
am 7./8. Dezember 2005.

Bestellungen: [www.sek-feps.ch](http://www.sek-feps.ch); [bestellungen@sek-feps.ch](mailto:bestellungen@sek-feps.ch)  
Dieses Dokument wird gratis abgegeben.

© 2006 (August), Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund SEK, Bern

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Die Delegation</b>	<b>4</b>
<b>1. Vorüberlegungen</b>	<b>5</b>
1.1 Ziele der Reise	7
<b>2. Reisebericht</b>	<b>8</b>
2.1 Die Programmpunkte: Übersicht	8
2.2 Die Programmpunkte im Einzelnen	9
2.2.1 Besuch des KEK-Büros in Strassburg	9
2.2.2 Empfang durch eine Delegation der Schweizer Parlamentarier beim Europarat	12
2.2.3 Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg	13
2.2.4 Besuch beim KEK-Büro in Brüssel: Kommission «Kirche und Gesellschaft»	17
2.2.5 Besuch bei der CCME	21
2.2.6 Besuch im EKD-Büro Brüssel	23
2.2.7 Treffen mit der EU-Kommission in Brüssel	23
2.2.8 Empfang durch die Schweizer Vertretung bei der EU	27
2.2.9 Gespräch mit Michael Weninger (Mitglied des Beraterstabs von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso	29
2.2.10 Gespräch mit dem Vertreter der KEK-Arbeitsgruppe «Europäische Integration»	31
2.2.11 Treffen mit der Brüssler Vertretung der APRODEV	32
2.3. Rückblick und Schlussevaluation	34
2.3.1 Rückblick Strassburg	34
2.3.1 Rückblick Brüssel	36
2.2.3 Schlussevaluation	37
<b>3. Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>39</b>

## Vorwort

Wie nehmen die Schweizer Kirchen die Entwicklung der Europäischen Union (EU) insbesondere seit der Osterweiterung wahr? Welche Hoffnungen und Fragestellungen verbinden sie mit der Arbeit der Europäischen Kommission?

Und umgekehrt: Welchen Platz räumt die EU den Kirchen wirklich ein – jenseits von griffigen Formeln wie «Europa eine Seele geben» oder «eine Wertegemeinschaft sein»?

Welche Rolle spielen die Kirchen im Alltag von Brüssel oder Strassburg? Mit welcher Art von Präsenz und Aktivitäten begleiten sie die europäischen Institutionen?

Der Rat SEK bringt sich häufig in die Europadebatte in der Schweiz ein. Das ist auch der Grund, weshalb er vor Ort Einblick in die Beziehungen zwischen den Kirchen und den europäischen Institutionen gewinnen wollte. An seinen Treffen in Brüssel und Strassburg nahmen auch Delegierte der Mitgliedkirchen teil. Dabei kam es zu Begegnungen mit kirchlichen Verantwortlichen, die im Namen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) vor Ort tätig sind, aber auch mit Beamten der EU sowie mit Vertretern der Schweizer Parlamentarier-Delegation beim Europarat.

Die im Folgenden zusammengefassten Reisenotizen geben einen Überblick über die Begegnungen und vermitteln einen Einblick in die gemachten Erfahrungen. Nicht zuletzt spiegelt sich in ihnen die neu gewonnene oder bestärkte Überzeugung, dass es wichtig ist, dass sich die Kirchen für die Aktivitäten der europäischen Institutionen interessieren und sich dafür einsetzen, dass ihre Stimme in diesen Institutionen vermehrt Gehör findet.

Serge Fornerod  
Leiter der Abteilung Kirchenbeziehungen, SEK

## Die Delegation

- Thomas Wipf (Präsident des Rates SEK)
- Helen Gucker-Vontobel (Mitglied des Rates SEK)
- Kristin Rossier (Mitglied des Rates SEK)
- Irène Reday (Mitglied des Rates SEK)
- Peter Schmid (Mitglied des Rates SEK)
- Karl Kohli (Mitglied des Rates SEK)
- Raymond Bassin (Synodalrat der Kirchen Bern-Jura-Solothurn)
- Catherine Miéville (Synodalrätin der Église évangélique réformée du canton de Vaud)
- Irène Gysel (Kirchenrätin der Evangelisch-reformierten Landeskirche Zürich)
- Serge Fornerod (Leiter der Abteilung Kirchenbeziehungen des SEK)
- Christoph Stückelberger (Leiter des Instituts für Theologie und Ethik des SEK)
- Markus Sahli (Persönlicher Mitarbeiter des Ratspräsidenten des SEK)
- Annemarie Bieri (Wissenschaftliche Assistentin der Abteilung Kirchenbeziehungen des SEK)
- Nicolas Mori (Leiter und Presseverantwortlicher des kirchlichen Informationsdienstes Zürich)

## 1. Vorüberlegungen

Im Bericht «Europäische Herausforderungen an den SEK und seine Mitgliedkirchen», welcher der Abgeordnetenversammlung im Oktober 2000 präsentiert wurde, hat der SEK klar Position bezogen für eine «europäische Konstruktion» nach dem in den letzten Jahrzehnten entwickelten Modell wie auch für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU). Er hat darüber hinaus die Bedeutung des Engagements des SEK, der Mitgliedkirchen und anderer protestantischer Institutionen innerhalb der europäischen Ökumene hervorgehoben und dessen Wichtigkeit betont.

Der Bericht aus dem Jahr 2000 hat nach wie vor Gültigkeit und Aktualität. Gleichzeitig haben sich aber auch wichtige politische Änderungen ergeben. In der EU ist zum Beispiel neu der Vertrag von Nizza in Kraft getreten, zehn neue Länder sind der EU beigetreten und die Verhandlungen mit der Türkei wurden aufgenommen. Auch im Verhältnis der EU zur Schweiz sind mit der Durchführung der bilateralen Abkommen I und dem Abschluss der bilateralen Abkommen II neue Realitäten geschaffen worden. Ebenso haben sich im SEK, in der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) entscheidende Sachverhalte verändert. Ein grosser Teil der Strukturen und Organe, die im Bericht genannt werden, ist inzwischen verschwunden oder wurde transformiert, wie beispielsweise die Arbeitsgruppe des Instituts für Sozialethik (ISE) zur europäischen Integration oder die *European Ecumenical Commission on Church and Society* (EECCS), etc.

Die Erarbeitung einer aktualisierten Übersicht über die politische und kirchliche Situation in Europa ist deshalb notwendig. Dies umso mehr als die Beantwortung eines Teils der Motion von J.-J. Beljean/P. Jäggi noch hängig ist, welche die Schaffung einer SEK Stelle bei der KEK-Kommission «Kirche und Gesellschaft» in Brüssel oder Strassburg (vis-à-vis der europäischen Institutionen) zur Diskussion stellt.

Als Neuerung für die Europäischen Kirchen ist in Artikel I-52.3 des EU-Verfassungsentwurfs festgehalten: «Die Union pflegt mit den Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmässigen Dialog.» Die frühere

Kommission EECCS hatte erfolgreich einen regelmässigen Dialog mit der Europäischen Kommission etabliert, dieser hatte aber bloss informellen Charakter. Die oben genannte Verankerung in einem verfassungsähnlichen Dokument eröffnet nun den Kirchen neue Möglichkeiten, aber sie stellt auch eine Herausforderung dar. Die KEK ist daran interessiert, von ihren Mitgliedkirchen zu hören, wie sie diesen Artikel in die Tat umgesetzt sehen wollen. Diese Frage ist auch aktuell für die Schweiz und für den SEK.

Die Europafrage wird zweifellos auch künftig auf der politischen Agenda in der Schweiz stehen. Weiterhin werden Debatten geführt betreffend der Ratifizierung des bilateralen Abkommens II, insbesondere des Referendums zu Schengen (Asyl und Sicherheit) und Dublin (Migration). In diesem Kontext erscheint es sinnvoll, dem Rat und den Mitgliedkirchen fundierte Informationen und Argumente zur Verfügung zu stellen, um so ein qualifiziertes Eingreifen in die Debatten zu ermöglichen. Gleichzeitig ist die Frage der Religionsfreiheit nach wie vor ein wichtiges Thema – so zum Beispiel im Zusammenhang mit der Frage eines möglichen Beitritts der Türkei zur EU.

Im Rahmen der Neuorganisation seiner Aktivitäten hat der Rat SEK in seinen «Zielen und Strategien», dem Engagement in Europa eine hohe Priorität zugewiesen, sei es in Zusammenarbeit mit dem Reformierten Weltbund (RWB) oder der KEK. Innerhalb der KEK unterstützt der Rat auch aktiv die Stärkung der GEKE. Wie sich diese Zusammenarbeit künftig bewährt, wird vom Rat aufmerksam beobachtet werden.

Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Elemente beschloss der Rat im Frühjahr 2005, eine Delegation des SEK für eine kurze Studienreise nach Strassburg und Brüssel zu senden. Der SEK verband damit zum einen die Zielsetzung, seine Informationen an die Mitgliedkirchen und die Schweizer Bevölkerung über seine Politik gegenüber der KEK, der GEKE und der Europäischen Union verbessern zu können. Zum anderen sollte diese Reise dem Rat SEK ermöglichen, seine Prioritäten für die im kommenden Jahr anstehenden Europathemen festzulegen – auf Basis einer Evaluation der Entwicklungen seit dem letzten Bericht im Jahr 2000.

## 1.1 Ziele der Reise

### Allgemeine Ziele der Reise:

- Treffen mit den verantwortlichen Repräsentanten der KEK in Brüssel und Strassburg sowie mit den Verantwortlichen der zuständigen Institutionen der EU und des Europarates;
- Begutachtung der Zusammenarbeit zwischen KEK und GEKE; Diskussion der Besonderheiten des Einflusses der GEKE auf die KEK;
- Treffen mit den delegierten Schweizer Parlamentariern im Europarat in Strassburg sowie der Schweizer Botschaft in Brüssel;
- Diskussion der aktuellen Situation und der Entwicklung der EU;
- Information über den Stand der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU bei den schweizerischen und europäischen Verantwortlichen;
- Austausch über den künftigen Beitrag der Kirchen des SEK zur Europa-debatte in der Schweiz und zum Engagement der KEK.

### Besondere Ziele der Reise:

- Detaillierte Kenntnisnahme der Arbeit der KEK in Strassburg und Brüssel;
- Diskussion der Strategien und Instrumente der KEK im allgemeinen und der KEK-Vertretungen in Strassburg und Brüssel im besonderen;
- Information über die Resultate der Arbeit der KEK;
- Treffen mit dem Repräsentanten der GEKE im Stab der KEK in Brüssel;
- Präsentation der Ziele der GEKE in Brüssel und der Zusammenarbeit zwischen KEK und GEKE;
- Diskussion mit den Schweizer Parlamentariern im Europarat und den Mitarbeitenden des Integrationsbüros des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD), über die Bilateralen I und II und die Resultate der Schweizer Politik im Europarat;
- Treffen mit den Verantwortlichen der Europäischen Kommission zur Erweiterung der EU;
- Information und Diskussion über den Stand der bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU;

- Diskussion offener Fragen: Sollen die Schweizer Kirchen eine Position beziehen in der Europafrage? Wäre die Schaffung einer SEK-Stelle in Brüssel/Strassburg sinnvoll?

## 2. Reisebericht

### 2.1 Die Programmpunkte: Übersicht

Die Reise der SEK-Delegation fand zwischen dem 4. und 8. Oktober 2005 statt. Der Reiseplan beinhaltet folgende Programmpunkte:

#### 4. Oktober, Strassburg

- Besuch des KEK-Büros, Treffen mit Pfr. Richard Fischer, Exekutivsekretär
- Empfang durch eine Delegation der Schweizer Parlamentarier beim Europarat: Andreas Gross, Rosemarie Zapfl-Helbling, Walter Schmied

#### 5. Oktober, Strassburg

- Besuch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
  - a) Gespräch mit Dr. Luzius Caflisch (Richter)
  - b) Gespräch mit Menschenrechtskommissar Alvaro Gil-Robles
- Weiterreise nach Brüssel

#### 6. Oktober, Brüssel

- Besuch des KEK-Büros, Gespräch mit Pfr. Rüdiger Noll, Direktor und dem Mitarbeiterstab
- Treffen mit Doris Peschke, Generalsekretärin der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME)
- Besuch des Büros der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gespräch mit dessen Leiterin Sabine von Zanthier
- Treffen mit Mitarbeitern der EU-Kommission (Hubert Gambs, Ulrich Trautmann, Pierre Mirchel)
- Empfang durch die Schweizer Vertretung bei der EU, Treffen mit dem Botschafter Bernhard Marfurt

#### 7. Oktober, Brüssel

- Treffen mit Michael Weninger, zuständig für den Dialog mit Religionen im Beraterstab von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso
- Gespräch mit Peter Pavlovic, KEK-Kommission «Kirche und Gesellschaft» (CSC)
- Treffen mit Rob van Drimmelen, Direktor der Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe (APRODEV)

#### 8. Oktober, Brüssel

- Rückblick und Schlussevaluation; Rückreise in die Schweiz

Die Delegation bestand aus: Thomas Wipf (Präsident des Rates SEK), Helen Gucker-Vontobel, Kristin Rossier, Irène Reday, Peter Schmid, Karl Kohli (Mitglieder des Rates SEK), Catherine Miéville (Synodalrätin der Église évangélique réformée du canton de Vaud), Irène Gysel (Kirchenrätin der Evangelisch-reformierten Landeskirche Zürich), Serge Fornerod (Leiter der Abteilung Kirchenbeziehung des SEK), Christoph Stückelberger (Leiter des Instituts für Theologie und Ethik des SEK), Markus Sahli (Persönlicher Mitarbeiter des Ratspräsidenten des SEK), Annemarie Bieri (Wissenschaftliche Assistentin der Abteilung Kirchenbeziehungen des SEK). Die Reise wurde journalistisch begleitet durch Nicolas Mori (Leiter und Presseverantwortlicher des kirchlichen Informationsdienstes Zürich).

### 2.2 Die Programmpunkte im Einzelnen

#### 2.2.1 Besuch des KEK-Büros in Strassburg

##### Gespräch mit Pfr. Richard Fischer, Exekutivsekretär

Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) ist eine Gemeinschaft von 126 orthodoxen, protestantischen und altkatholischen Kirchen sowie von 43 assoziierten Organisationen in allen Ländern des europäischen Kontinents. Alle sechs Jahre findet eine Generalversammlung statt, an der der Zentralausschuss gewählt wird. Auf der Exekutivebene arbeitet die KEK mit zwei Kommissionen: zum einen mit der Kommission «Kirchen im Dialog», die

ihren Sitz in Genf hat. Zum anderen mit der Kommission «Kirche und Gesellschaft». Mit der «Kommission der Kirchen für Migranten in Europa» (CCME) bestehen zudem Integrationsbestrebungen als dritte Kommission. Die Kommission «Kirche und Gesellschaft» umfasst 40 Mitglieder, der entsprechende Exekutivausschuss deren sechs. Von der Kommission eingesetzt sind verschiedene Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Fragestellungen, so z. B. zu den Themen europäische Integration, Bioethik oder Globalisierung. Es gibt je ein Büro in Brüssel und Strassburg, wobei Strassburg mit nur zwei Personen besetzt ist.

### Europarat

Der Europarat vertritt 46 Mitgliedstaaten; er repräsentiert damit das «weitere», über die Europäische Union (EU) hinausgehende Europa. 1949 gegründet, verfolgt der Europarat die Friedenssicherung und Zusammenarbeit in Europa. Die EU konnte nur auf der Grundlage des Europarates entstehen. Seit einiger Zeit gibt es zwischen EU und Europarat eine verstärkte Zusammenarbeit mit teilweise jedoch unklaren Kompetenzabgrenzungen. Das Entscheidungsgremium beim Europarat ist der Ministerrat. Die parlamentarische Versammlung hat beratende Funktion und gilt als «Motor» der Vereinigung der zivilen europäischen Gesellschaft. Der Europarat ist in vielen Fällen eine Art «Vorraum» zur EU. Er setzt durch spezifische Programme (Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, etc.) Prozesse in jenen Ländern in Gang, welche einen späteren EU-Beitritt ins Auge fassen.

Das Hauptaugenmerk des Europarates gilt zum einen den Menschenrechten (Menschenrechtskommission) sowie der Förderung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zum anderen dem Erhalt der kulturellen Vielfalt. Als Ziele der Europäischen Union gelten dagegen ein einheitlicher Wirtschaftsraum, die politische Zusammenarbeit und die Stärkung der europäischen Sicherheitspolitik.

### Schwerpunkte des KEK-Büros

Die Arbeit des KEK-Büros in Strassburg ist vor allem auf die Vertretung der kirchlichen Anliegen gegenüber dem Europarat ausgerichtet. Die thematischen Schwerpunkte sind 1) die Bioethik: Im Bioethik-Ausschuss des Europarates hat die Arbeitsgruppe der KEK offiziellen Beobachterstatus; 2) die Menschenrechte (Reform des Europäischen Gerichtshofs für Men-

schenrechte, Religionsfreiheit); 3) europäische Sozialcharta: Zur Umsetzung existiert eine Kommission, in der die KEK Mitglied ist.

Der Einsitz in den Kommissionen des Europarates ist für die «Lobby-Organisationen» (NGOs) nicht festgelegt; es existiert weder ein strukturierter Zugang zu Informationen und Themen des Europarates noch ein geregelter Prozess der Meinungsbildung. Es hängt also stark vom «*Goodwill*» der politischen Instanzen ab, ob und mit wem Anhörungen veranstaltet werden. Parlamentarier in den einzelnen Kommissionen entscheiden selbst, mit wem sie zusammenarbeiten, wen sie befragen wollen. Dabei «spielen die Protestanten nicht in derselben Liga wie der Heilige Stuhl», erklärt KEK-Exekutivsekretär Richard Fischer. So werde die offizielle Vertretung der KEK in vielen Fällen gar nicht kontaktiert, sondern es obliegt ihr selbst, sich mit ihren Anliegen zu Wort zu melden.

### Aktuelle Themen und Fragestellungen

Im Gespräch mit Richard Fischer standen vier Themenbereiche im Zentrum:

- a) *Die Beteiligung der Orthodoxen in der KEK*: Verändert diese Beteiligung das «protestantische Profil»? In den letzten Jahren lässt sich deutlich feststellen, dass Meinungsunterschiede oft auch innerhalb der protestantischen Kirchen existieren. Die Trennungslinie (z.B. in ethischen Fragen) verläuft weniger stark zwischen den Konfessionen als vielmehr zwischen Ost und West aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Prägung.
- b) *Die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Kirche* (vgl. *Charta Oecumenica*): Diese Zusammenarbeit gelingt auf manchen Gebieten gut – insbesondere dort, wo ein gemeinsamer Nutzen besteht –, andernorts hingegen gibt es massive Schwierigkeiten in der Kooperation. Gründe hierfür liegen zum einen in zu grossen inhaltlichen Differenzen (z.B. beim Thema Bioethik), zum anderen in den im Hintergrund mitspielenden Strategien der Katholiken (z.B. Zusammenarbeit mit den Orthodoxen) und im Konkurrenzverhältnis zwischen der protestantischen und römisch-katholischen Kirche.
- c) *Politische Mitsprache – die Strategie der Kirchen*: Grundsätzlich sind hier zwei völlig unterschiedliche Strategien denkbar. Liessen sich zum einen die Stimmen der Kirchen durch die KEK bündeln, um auf diesem Weg



Einfluss zu nehmen, wäre es zum anderen auch umgekehrt denkbar, die einzelnen Mitgliedkirchen dazu aufzufordern, ihren Einfluss direkt geltend zu machen – über direkte Kontakte zu Parlamentariern, Briefe, eigene Stellungnahmen oder eigene Büros. Diese Taktik würde es den Politikern jedoch erlauben, eine «Pick and Choose»-Strategie zu verfolgen und nur diejenigen Eingaben auszuwählen, die ihnen behagen. Bei einheitlichen, ausgearbeiteten Positionen ist dies schwieriger.

- d) *Die Rolle der Kirchen in der Europa-Diskussion:* Der Europarat ist geprägt von einer stark säkularen Ausrichtung. Die Kirchen sind, anders als die NGOs, die eine konkrete Frage respektive ein Gebiet bearbeiten und ganz klare Positionen vertreten, nicht gefragt zur Ausarbeitung von speziellen Regelwerken. Die Rolle der Kirchen kann nur eine sehr generelle sein: als Wächter über das Menschenbild, die gesellschaftliche Ausrichtung und die Werte zu fungieren.

## 2.2.2 Empfang durch eine Delegation der Schweizer Parlamentarier beim Europarat: Andreas Gross, Rosmarie Zapfl-Helbling, Walter Schmied

Beim Treffen mit den drei Schweizer Parlamentariern Andreas Gross, Rosmarie Zapfl-Helbling und Walter Schmied stand das Verhältnis des Europarats zu den Kirchen im Mittelpunkt. *Wie wird die Kirche von den politischen Institutionen wahrgenommen? Welche Erwartungen werden an sie gestellt?* Zunächst einmal wurde festgestellt, dass der Europarat Kirchen nicht braucht – ja, sie sogar oftmals weniger als Partner, denn als «Verhinderer» und Verursacher von Problemen wahrnimmt. Die Ausrichtung des Europarats, so betonten auch die Parlamentarier, ist dezidiert säkularer Natur. Diese Wahrnehmung der Kirchen könne, so Rosemarie Zapfl-Helbling, vielleicht dann geändert werden, wenn Kirchen sich «nicht bloss dann einmischen, wenn sie gegen etwas sind». Gerade über Hilfswerke und Frauenorganisationen seien Kirchen für sie auch politisch-gesellschaftlich positiv wahrnehmbar.

Walter Schmied gemahnte, dass Kirchen in der multikulturellen Gesellschaft «klare Massstäbe und Werte» vertreten müssten. Und Andreas Gross erklärte, dass es Aufgabe der Kirchen sei, «Diskussionen anzuregen und

diese offen zu führen, Themen unter die Leute und in die Gemeinden zu bringen und mutigere Stellungnahmen zu verfassen».

*Die zunehmende Bedeutung der Religionen nach dem 11. September 2001* war ein zweites Thema im Gespräch mit den Parlamentariern. Hierbei wurde besonders die zunehmende Aktualität der Islam-Frage betont und die mit der Globalisierung einhergehende Schwächung der staatlichen Organe, welche die Menschen in anderen Institutionen, nicht nur im sozialen, sondern auch im geistigen Sinne, Halt suchen lassen.

*Den Europabericht des Bundesrats und die Frage nach einem EU-Beitritt der Schweiz* kommentierte Andreas Gross dahingehend, dass die Schweiz auf Dauer nicht ohne die EU auskomme. Gleichzeitig betonte er aber den anstehenden Reformbedarf in der EU: Sie müsse demokratischer und föderalistischer werden. Seien diese Reformarbeiten geleistet, werde auch in der Schweiz ein Beitritt zur EU besser zu vertreten sein.

## 2.2.3 Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg

### a) Gespräch mit Dr. Luzius Caflisch (Richter)

Im Jahr 1950 trat die Europäische Menschenrechtskonvention in Kraft und wurde im Laufe der Zeit durch Zusatzprotokolle ergänzt. Die bis heute andauernde Bedeutung des Gerichtshofes für Menschenrechte liegt darin, dass er die einzige übergreifende europäische Organisation ist, deren Entscheide verbindlich sind. Beschwerden können durch Einzelpersonen eingereicht werden, wobei die Rechte für alle europäischen Bürger einklagbar sind, – also auch für Angeklagte und Straftäter, die ihr Recht auf ein faires Verfahren geltend machen können. 800 Millionen Menschen leben in den Ländern, welche die Konvention ratifiziert haben. Das Gericht beurteilt das vertragskonforme Verhalten der Staaten.

### Einfluss auf Gesetzgebungen der Länder

Die Zulassungsbedingungen für Beschwerden setzen zweierlei voraus: Zum einen müssen alle Rechtsmittel im Herkunftsland ausgeschöpft sein.

Zum anderen müssen die betreffenden Tatbestände aus einem Zeitraum nach der Ratifizierung der Menschenrechtskonvention durch das betreffende Land datieren. Die gefällten Urteile sind verbindlich, wobei das Ministerkomitee des Europarates über deren Umsetzung wacht. Die Absicht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist jedoch nicht nur repressiv, sondern zielt auch stark auf die Veränderung der Gesetzgebung in den betreffenden Ländern ab. Hierzu gibt der Gerichtshof Empfehlungen zuhanden des Ministerkomitees zu politischen Massnahmen ab; dieses leitet daraufhin gegebenenfalls Gesetzesänderungen in den Ländern ein.

### Überlastung und Reformen

Ein drängendes Problem des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ist die massive Überlastung: Jährlich werden 20 000 Beschwerden bearbeitet; 95% der Beschwerden werden summarisch abgewiesen wegen prozessualer Unzulänglichkeiten oder unbegründeter Sachlagen. Die behandelten Fälle sind dann meist komplex und dauern entsprechend lange, haben aber auch die grössten Auswirkungen auf Veränderungen in den Gesetzgebungen. Gegenwärtig sind 80 000 Beschwerden hängig; es gibt Wartefristen von bis zu fünf Jahren.

Entsprechende Reformmassnahmen wurden bereits ergriffen. Der Reformplan (Protokoll Nr. 14: Vertrag über wesentliche Reformen) kreist um drei Punkte: Verletzungen der Menschenrechtskonvention auf nationaler Ebene zu vermeiden und die nationalen Mittel zu diesem Zweck zu verbessern, den Filter der Beschwerden und deren Bearbeitung so effizient wie möglich zu gestalten und schliesslich die bessere und schnellere Umsetzung der Entscheidungen des Gerichtshofes zu erzielen. Die Ratifizierung des Protokolls gilt als sicher, da der Vertrag – anders als die UNO-Reformen – nicht umstritten ist.

### Themen und Fragestellungen

Im Gespräch zwischen der SEK-Delegation und Richter Luzius Caflisch wurde zunächst festgehalten, dass sich die Rechtssicherheit in Europa durch die Möglichkeit der Anrufung eines den Staaten übergeordneten Gerichts deutlich verbessert hat. Die Voraussetzung dafür ist natürlich die Verlässlichkeit hinsichtlich der Umsetzung der Entscheide. Der Inhalt der Menschenrechtskonvention entspricht weitgehend den Grundrechten

in den nationalen Verfassungen; Zusatzprotokolle haben darüber hinaus Ergänzungen und Korrekturen festgelegt (z.B. die Abschaffung der Todesstrafe). Im Gespräch kam auch die auf dem Gebiet der Menschenrechte zwischen EU und Europarat bestehende Konkurrenz zur Sprache: Das Verhältnis der Menschenrechtskonvention des Europarats und der neu im EU-Verfassungsentwurf aufgenommenen Menschenrechts-Charta ist unklar. Als Mängel in der Menschenrechtskonvention wurde die fehlende Berücksichtigung der sozialen Rechte genannt. Zwar bietet die Europäische Sozialcharta hier eine gewisse Ergänzung, von der Schweiz wurde sie jedoch nicht ratifiziert.

Für die Zukunft ist – so das Résumé des Gesprächs – die Konzentration auf zentrale Fragen in der Rechtssprechung wichtig. Die Banalisierung von Menschenrechten gilt es zu verhindern. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in besonderer Weise auch die Kirchen betrifft.

### b) Gespräch mit Menschenrechtskommissar Alvaro Gil-Robles

Wesentliche Aufgabe der Menschenrechtskommission ist es, die konkrete Umsetzung der Menschenrechte zu überprüfen. Zu diesem Zweck besuchte die Menschenrechtskommission rund 30 Länder, von denen alle derselben Beobachtung unterzogen wurden. Die Beobachter kontaktieren bei ihren Länderbesuchen nicht nur staatliche Organe, sondern auch NGOs, Kirchen, Interessenvertreter, etc. Die Aussenminister der Staaten bereiten die Besuche vor; die Menschenrechtskommission hat aber die Freiheit, das Programm vor Ort zu ändern und auch nicht geplante und unter Umständen «heikle Orte» zu besuchen. Ihre Glaubwürdigkeit hängt aber auch von der Zusammenarbeit mit den Regierungen ab: Die Ergebnisse werden nämlich in Berichte gefasst, die an die jeweiligen Regierungen gerichtet sind. Diese enthalten Empfehlungen für Verbesserungen und dienen als Arbeitsinstrumente und Basis für Korrekturen und Reformen in den jeweiligen Ländern.

### Dialog mit den Kirchen

Menschenrechtsverletzungen geschehen häufig auch aufgrund von religiösem Fanatismus. Diesem müssen bei der Erziehung dringend Werte der

Toleranz und des Miteinanders entgegengesetzt werden. Der Menschenrechtskommissar plant deshalb, die Gründung eines Instituts zu lancieren, das gezielt Unterrichtende in religiöser Erziehung ausbildet, sowie Lehrmaterialien dazu produziert. Alvaro Gil-Robles hat eine entsprechende Vorlage in die parlamentarische Versammlung eingebracht und sich vehement dafür ausgesprochen, die Kirchen aktiv am Aufbau solcher Institute zu beteiligen.

### Migration

Nach Meinung des Menschenrechtskommissars kann das Problem der Migration gar nicht anders als europaweit gelöst werden. Alle sind betroffen. Millionen von Menschen, die nichts zu verlieren haben, befinden sich weltweit auf der Flucht (vgl. Ceuta, Melilla). Zur Debatte über die Asylgesetzgebung in der Schweiz sagte Alberto Gil-Robles, dass sie den Eindruck erwecke, man wolle «möglichst grosse Hindernisse aufbauen», damit Asylgesuche gar nicht erst gestellt würden. Dies widerspreche jedoch der humanitären Tradition der Schweiz. Auch den Entzug der Nothilfe bei abgelehnten Asylentscheiden bewertete er als höchst problematisch, da hiermit der Entzug aller unterstützenden Mittel vorgenommen und die Frage der Menschenwürde tangiert werde. Die von der Menschenrechtskommission vereinzelt festgestellten rassistischen Verhaltensweisen und Behandlungen bei der Polizei würden – indem sie seitens der Politik nicht genügend gerügt würden – im Sinne einer «stillschweigenden Unterstützung» gefördert.

### Terrorismusbekämpfung

Alvaro Gil-Robles äusserte als Furcht für die nähere Zukunft, dass die vermehrten Sicherheitsmassnahmen im Namen der Terrorismusbekämpfung zu einer Reduktion der Freiheits- und Menschenrechte führen könnten. Sein Plädoyer zielte auf eine Verteidigung der demokratischen und rechtsstaatlichen Werte. Ansonsten laufe man im Kampf gegen den Terrorismus Gefahr, einen wesentlichen Teil der zivilisatorischen Errungenschaften aufzugeben. Als wichtig betonte er: die Stärkung der rechtlichen Zusammenarbeit, die Bekämpfung des international organisierten Verbrechens, die Beachtung der Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie. Kirchen könnten hier einen wesentlichen Beitrag leisten.

## 2.2.4 Besuch beim KEK-Büro in Brüssel: Kommission «Kirche und Gesellschaft»

### Treffen mit Rüdiger Noll, Direktor, und dem Mitarbeiterstab

Die Kommission «Kirche und Gesellschaft» (CSC) ist erst seit 1999 in die KEK integriert. Ursprünglich war sie – damals noch unter dem Namen «Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft» (EECCS) – von Angestellten der europäischen Institutionen gegründet worden, die ihr Christsein auch in die Berufswelt einbringen wollten. Neben der CSC und der Kommission «Kirchen im Dialog» ist für die nähere Zukunft die Integration der Kommission der «Kirchen für Migranten in Europa» (CCME) als dritte Kommission in die KEK geplant.

Die CSC hat ein Arbeitsprogramm für fünf Jahre (2004 bis 2009) vorgelegt; die Aufgabenbereiche werden jeweils in Jahresprogramme aufgeteilt (mit entsprechender Auswertung). Im Brüsseler Büro wird eine zusätzliche Stelle geplant. Diese soll finanziell von den lutherischen Kirchen Schwedens und Finnlands getragen werden und als Spezialgebiet Erziehungs- und Bildungsfragen behandeln.

### Vorgehen zur Einflussnahme

Mit der Aufnahme des Artikels I-52.3 in den Verfassungsentwurf, der den regelmässigen, strukturierten Dialog mit den Kirchen festhält, wird von der KEK mehr persönliche Präsenz bei den Verantwortlichen der EU-Departemente angestrebt. Besonders wichtig dabei sind diejenigen Kommissionen, in welchen Entscheide vorbereitet werden.

Bei kirchlichen Fragen werden von der EU aus Gewohnheitsrecht normalerweise die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE), die KEK und die EKD angefragt. Ansonsten werden Konsultationsprozesse meist auf Internet ausgeschrieben, was eine kontinuierliche Beobachtung seitens des KEK-Büros erfordert. Denn für eine effektive Einflussnahme ist es entscheidend, in den wichtigen Themen bereits von Anfang an aktiv präsent zu sein und nicht erst mit einem fertigen Positionspapier in Erscheinung zu treten. Dazu sind allerdings gute Netzwerke von Fachpersonen und thematisch spezialisierte Journalisten nötig.

## Möglichkeiten des Lobbying

Hier bieten sich zum einen Spitzengespräche an (z.B. mit EU-Kommissionspräsident Barroso); allerdings können dabei die Themen in aller Regel nur kurz angetippt, nicht ausführlich besprochen werden. Zum anderen besteht die Möglichkeit von Treffen mit EU-Kommissaren (einstündige Gespräche) und die Organisation von thematischen Tagungen mit der entsprechenden EU-Kommission durch die KEK. Dieser letzte Punkt ist zwar ziemlich aufwändig; er hat sich aber in der Vergangenheit als besonders nachhaltig erwiesen.

## Anstehende Fragen und Diskussionen

Angesichts bestehender Überlegungen zu einer Allianz von Orthodoxen und Katholiken stellt sich die Frage nach der konfessionellen Zusammensetzung der KEK. Die bisherige Zusammenarbeit mit den Katholiken war im allgemeinen gut; vor allem in Fragen der Familienpolitik unterschieden sich die Positionen jedoch häufig grundsätzlich, so dass in diesen Bereichen ein getrenntes Vorgehen sinnvoller ist. Auch die Mitarbeit der Orthodoxen in den einzelnen KEK-Arbeitsgruppen verläuft unter den gegenwärtigen Umständen ohne grosse Hindernisse. Die Orthodoxen haben aber zusätzlich noch eine eigene Vertretung in Brüssel, was bedeutet, dass sie ihre Positionen bei Bedarf dort relativieren oder anders akzentuieren können.

## Arbeitsschwerpunkte der Mitarbeitenden

**Rüdiger Noll:** Rüdiger Noll ist Direktor der KEK Kommission «Kirche und Gesellschaft» und des KEK-Büros. Sein Arbeitsgebiet umfasst die Bereiche Religionsfreiheit sowie Erziehung und Bildung:

- a) *Institutionelle Religionsfreiheit:* Aktuelle Themen sind hier die Frage nach der Auswirkung der Terrorismusangst auf die Freiheitsrechte und insbesondere die Religionsfreiheit sowie der neu zutage tretende Ost-West-Gegensatz in ethischen Fragen.
- b) *Erziehung und Bildung:* Noll beschäftigt sich derzeit mit Eingaben zum EU-Programm «European Citizen». Darin geht es um die Erziehung zum «Europabürger». Insgesamt ist eine starke Säkularisierungstendenz spürbar, wogegen die christliche Erziehung kaum mehr eine Rolle spielt.

**Dieter Heidtmann:** Dieter Heidtmann wird von der Landeskirche Baden-Württemberg entsandt und ist zugleich als Vertreter der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) delegiert. Seine Aufgabe ist es, in Zusammenarbeit mit der KEK die protestantische Stimme in die Diskussionen einzubringen; vom gemeinsamen Auftreten verspricht man sich beidseits mehr Gewicht.

Die Themenbereiche, mit denen sich Dieter Heidtmann im KEK-Büro befasst, betreffen vor allem wirtschaftliche und demografische Aspekte:

- a) *Liberalisierung der Dienstleistungen:* Von der EU geplant wird das europaweite Anbieten von Dienstleistungen zu den jeweiligen Konditionen des Herkunftslandes.
- b) *Wirtschaftliche Entwicklung* (Lissabon-Strategie 2000): Die neueste Version dieser Strategie befasst sich fast ausschliesslich mit der wirtschaftlichen Entwicklung; Umweltfragen und soziale Anliegen fallen immer mehr weg.
- c) *Demografische Entwicklungen* (Grünbuch-Prozess): Aktuelle Problemfelder sind der Geburtenrückgang und die Alterspyramide.
- d) *Arbeit, Arbeitslosigkeit.*

**Donatella Rostagno:** Die Arbeitsbereiche von Donatella Rostagno betreffen Menschenrechtsfragen im weitesten Sinne:

- a) *Menschenrechte* (Asylsuchende, Flüchtlinge): Diese Thematik wird bearbeitet von CCME, aber aufgrund ihrer Wichtigkeit gibt es auch eine CSC-Arbeitsgruppe. Aktuell wird ein «Training» in Menschenrechtsfragen für die Mitgliedkirchen geplant.
- b) *Kulturelle und soziale Rechte:* In der ersten Phase steht das Zusammentragen von Informationen und Forschungsergebnissen im Zentrum.
- c) *Gendergerechtigkeit:* Hier geht es darum, eine geschlechtsspezifische Sicht («Gender-Sicht») in die KEK-Policies einzubringen.

**Peter Pavlovic:** Die Arbeitsbereiche von Peter Pavlovic betreffen Fragen der Globalisierung sowie der europäischen Integration mit ihren ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten:

- a) *Europäische Integration:* Themenschwerpunkte sind hier einerseits die Frage eines EU-Beitritts der Türkei und andererseits die stete Betonung

gegenüber der EU, dass das Thema der europäischen Integration nicht auf wirtschaftliche Fragen beschränkt werden darf.

- b) *Globalisierung*: Peter Pavlovic leitete eine «Task Force» zur Ausarbeitung eines Positionspapiers («Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung») zuhanden der ÖRK-Vollversammlung 2006 in Porto Alegre (Brasilien).
- c) *European Environmental Network*: Hier werden derzeit Vorbereitungsarbeiten mit Blick auf die 3. Ökumenische Versammlung in Sibiu (2007) geleistet.

**Matthew Ross:** Mit den Themen Sicherheit, Frieden und Versöhnung einerseits, sowie Landwirtschaft im europäischen Kontext andererseits beschäftigt sich Matthew Ross.

- a) *Frieden, Sicherheit, Versöhnung*: Veränderungen in der Sicherheitspolitik sind häufig. 1999 erst wurde die Sicherheitszusammenarbeit der EU im Maastricht-Vertrag festgelegt. Nun existiert bereits eine EU-Force mit dem Ziel, ein militärischer «global player» zu werden. Das Ziel der KEK ist ein kritischer Dialog mit der EU und der Nato. Das Anliegen und die Möglichkeiten der «non violent conflict resolution», das heisst der gewaltlosen Konfliktlösung, müssen immer wieder in die Diskussionen eingebracht werden. Dazu werden von der KEK eine Reihe von Trainings veranstaltet.
- b) *Landwirtschaft*: 44 Prozent des heutigen EU-Budgets fliessen in die Landwirtschaft; gleichzeitig arbeiten nur noch drei bis fünf Prozent der Bevölkerung in diesem Sektor. Die Finanzen dafür werden künftig nicht mehr in diesem Ausmass aufzubringen sein, weshalb nach neuen Lösungsansätzen gesucht werden muss. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen KEK und APRODEV (Europäische Vereinigung von Hilfswerken, die mit dem ÖRK verbunden sind) hat in diesem Bereich begonnen.

#### Aktuelle Themen und Fragestellungen

- Von grosser Aktualität ist die Frage nach der *protestantisch-orthodoxen Zusammenarbeit*. Im Vordergrund stehen dabei nicht primär die konfessionellen Unterschiede, sondern vielmehr ein Ost-West-Konflikt in Bezug auf Werte und kulturelle Prägungen.

- Zur Diskussion steht ausserdem der *Prozess der Meinungsbildung in der KEK*. Bisher werden für thematische Konsultationen die Kirchenleitungen (als Mitglieder der KEK) angesprochen. Der Rücklauf auf solche Anfragen ist jedoch oftmals enttäuschend gering. Die meisten Entscheidungen müssen deshalb vom Mitarbeiterstab und den Arbeitsgruppen gefällt werden. Zudem gibt es unübersehbar eine Spannung zwischen dem Anspruch, als «eine kirchliche Stimme» zu sprechen, und den ausgeprägten Autonomieansprüchen der nationalen Kirchen. Das Vorgehen zur Meinungsbildung bedarf also noch weiterer Klärungen.
- Die *Wahrnehmung der Kirchen durch die EU* ist schliesslich eine dritte aktuelle Frage, mit der sich die KEK in Brüssel beschäftigt. Gelten Kirchen eher als Hilfe bei der Lösung anstehender Probleme (demokratische Strukturen der protestantischen Kirchen) oder als Teil des Problems? Nach dem 11. September 2001 ist die Zurückhaltung gegenüber Religionen generell grösser geworden. Die EU ist in vielen Bereichen äusserst spezialisiert. Generelle ethische Fragen sind für sie deshalb häufig gar nicht im Blick. Die Kirchen müssen darum bemüht sein, ihre Beiträge und Positionen möglichst auf spezifische Fragen zu fokussieren.

#### 2.2.5 Besuch bei der CCME

##### Treffen mit der Generalsekretärin Doris Peschke

Die *Churches' Commission for Migrants in Europe* (Kommission der Kirchen für Migranten in Europa, CCME) ist eine ökumenische Kommission, in der auch die Orthodoxen Mitglied sind. Die Zusammenarbeit mit der KEK besteht seit 1999. Für die nahe Zukunft wird eine Integration der CCME in die KEK ins Auge gefasst. Die Zusammenarbeit mit den Katholiken funktioniert im Migrationsbereich gut, weil hier Differenzen geringer sind als in anderen Themenbereichen. Grössere Schwierigkeiten bieten dagegen kulturelle Unterschiede in den verschiedenen Mitgliedsländern der CCME.

##### Heutige Herausforderungen

*Internationale Migrationsbewegungen*: Es handelt sich hierbei eigentlich um eine Völkerwanderungssituation aus der Süd- in die Nordhalbkugel; die Ost-West-Migration ist heute bereits weitgehend abgeschlossen. Das

grösste Problem, das dadurch entsteht, ist die Zunahme von Migrantinnen und Migranten mit irregulärem Status sowie die Schwarzarbeit. Wirtschaftlich haben diese illegalen Situationen enorme Bedeutung: Teilweise befindet sich der Arbeitsmarkt bis zu 20 Prozent im illegalen Bereich. Sozial und gesundheitlich sind Schwarzarbeitende jedoch überhaupt nicht abgesichert. Unter wirtschaftsethischem Gesichtspunkt ist dieser Umstand höchst problematisch. Für die Kirchen stellen sich auch die ganz konkreten Fragen der Nothilfe, der Sans-Papiers oder des Frauenhandels.

*Asyl und Flucht:* Gerade für die Kirchen gilt es, Integrationsbemühungen mit allen Kräften zu unterstützen. Die Aktivitäten der Kirchen hierzu in den einzelnen Ländern sind äusserst wichtig.

*Migrantenkirchen:* Diese Thematik wirft grundlegende theologische, liturgische und kulturelle Fragen auf, die bearbeitet werden müssen.

#### Wesentliche Themen und Fragestellungen

- *Tätigkeiten der CCME:* Die CCME erarbeitet zu aktuellen Themen Dokumente und Stellungnahmen, welche sie den betreffenden Landesregierungen oder dem zuständigen EU-Departement vorlegt. Ein wichtiger Anteil der Arbeit ist aber auch die Netzwerkbildung mit regional tätigen Organisationen im Migrationsbereich (Austausch von Richtlinien und Instrumenten).
- *Mögliche Auswirkungen auf die CCME durch eine Integration in die KEK:* Es würden sich hieraus einschneidende Veränderungen für die CCME ergeben: Zum einen müssten auch Anfragen von KEK-Mitgliedern behandelt werden, die nicht CCME-Mitglieder sind. Zum anderen sind die KEK-Mitgliedkirchen sehr unterschiedlich auf Fragen der Migration sensibilisiert. Unbedingt erhalten bleiben müsste der rege Informationsaustausch unter den CCME-Mitgliedern.
- *Erfahrungen aus Ländern mit Schengen/Dublin-System:* Die Erfahrungen zeigen eine Zunahme der Rückführungen in Herkunftsländer; oft ist dort jedoch der Status der Abgeschobenen völlig unklar.
- *Übersicht über Asylgesetzgebung in den verschiedenen Ländern:* Eine Übersicht über die verschiedenen Gesetzgebungen im Asylbereich mit kurzem Kommentar ist in Arbeit.

## 2.2.6 Besuch im EKD-Büro Brüssel

### Treffen mit der Leiterin Sabine von Zanthier

Das Büro der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) wurde 1990 in Brüssel eröffnet. Drei Tätigkeiten stehen im Vordergrund: Zum einen gilt es, «defensiv» zu arbeiten, indem nachteilige Ausformungen in der EU-Rechtssprechung verhindert werden. Zum anderen vertritt das Büro aktiv Anliegen der EKD bei politisch-ethischen Themen wie beispielsweise die Stammzellenforschung, Christen in der Türkei, etc. Und zudem werden hier Kontakte mit Kirchenvertretern und EU-Vertretern gepflegt und der Informationsaustausch auf dem neuesten Stand gehalten. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Koordination der Eingaben der Kirchen untereinander (Bsp. Verfassungskonvent) sowie die Kompetenzerweiterung bezüglich bestimmter Fragestellungen.

### Warum besteht ein eigenes Büro der EKD?

Eröffnet wurde das Büro aus Sorge über gravierende rechtliche Veränderungen durch die neue Verfassung (damals gab es CSC noch nicht). Von heute aus gesehen, ist eine der Hauptaufgaben des EKD-Büros die Information nach innen, das heisst das regelmässige Informieren der EKD-Kirchen über Themen, die in Brüssel und Berlin verhandelt werden. Hinzu kommt, dass Lobbyarbeit immer besser wirkt, wenn die mehrspurig betrieben wird: Die Kontakte mit den ständigen Vertretungen der Länder sind zum Beispiel von Landeskirchen-Vertretungen einfacher herzustellen als von der KEK. Die ökumenische Zusammenarbeit hingegen verleiht mehr Gewicht.

## 2.2.7 Treffen mit der EU-Kommission in Brüssel

Die Hauptthemen in den Gesprächen mit der EU-Kommission waren zum einen die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz und zum anderen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Als Gesprächspartner standen Hubert Gambs, Ulrich Trautmann und Pierre Mirchel zur Verfügung.

## Bilaterale Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz

Hubert Gams ist im Kabinett für die Schweiz zuständig. Folgende Themen wurden mit ihm angesprochen:

*Die Wahrnehmung der Schweiz durch die EU:* Seitens der EU wird die Schweiz öfter als ›Rosinenpicker‹ wahrgenommen. Ein bilateraler Ansatz muss jedoch die Interessen beider Seiten abdecken, das heisst es müssen Kompromisse geschlossen werden. Zu seiner Einschätzung des bilateralen Weges der Schweiz befragt, hielt Hubert Gams einerseits fest, dass mit dem bilateralen Weg sicher nicht alles lösbar sei, die Schweiz aber andererseits auch nicht zur Übernahme aller nachteiligen Entwicklungen verpflichtet sei. Durch das bestehende Paket von Verträgen existierten bis jetzt enge Kontakte zwischen der Schweiz und der EU.

*Zeichnet sich eine Entwicklung der EU in Richtung mehr Demokratie ab?* Die EU ist grundsätzlich eine supranationale Organisation, kein Staat. Eine direkte Demokratie ist deshalb nicht vorstellbar. Die Notwendigkeit zu demokratischeren Strukturen innerhalb der EU zeichnet sich jedoch seit einigen Jahren immer mehr ab. So sind etwa die Rechte des Europäischen Parlaments mit jeder Neufassung der Verträge ausgedehnt worden.

*Bürgernähe der EU (nach dem negativen Ausgang der Abstimmungen zur Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden)* Gemäss Hubert Gams wird es jetzt vordringliche Aufgabe der EU sein, den Menschen den Mehrwert der europäischen Integration zu vermitteln. Der ursprünglich zentrale Aspekt der Friedenssicherung durch die EU steht heute weniger im Zentrum. Der Mehrwert der EU liegt nach Ansicht der meisten Menschen eher in den erweiterten Möglichkeiten des Austausches in den Bereichen Arbeitsmöglichkeiten, Kommunikation, Bildung und Reisen.

*Verhältnis Kirche – Staat in der EU:* Die Beziehung der EU zu den Kirchen ist nicht eindeutig. In den Mitgliedsländern existieren ganz unterschiedliche Modelle.

*Solidaritäts- und Wertedebatte:* Ursprüngliche Motivation für das Modell der EU war die wirtschaftliche Zusammenarbeit (Kohle- und Stahlunion). Solidarität ist zwar ein häufig gehörtes Schlagwort, das aber in konkreten

Fragen schnell wegfällt. Immerhin: Ein Drittel des EU-Budgets fliesst in Strukturfonds, wobei sich hier die Frage stellt, ob dies als Akt der Solidarität oder eher im Sinne einer Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zu werten ist.

Es ist wichtig zu unterscheiden zwischen Bereichen, welche von der EU gemeinsam gestaltet werden (z.B. Landwirtschaftspolitik) und Bereichen, die von den Staaten zum grossen Teil autonom gestaltet werden (z.B. Sozialpolitik, Bildung). Die EU hat also längst nicht überall Einfluss auf die konkrete Ausrichtung der Politik.

*Umweltpolitik:* In der EU gelten für gewisse Länder (in Anpassung an getroffene Vereinbarungen) zwar niedrigere Umweltnormen als vorher. Aber, wenn sich alle Länder an die europäischen Normen halten, hat dies einen grösseren Effekt auf die Verbesserung der Umweltwerte als die Einhaltung hoher Normen durch einzelne und die weitgehende Missachtung jeglicher Umweltnormen durch andere Länder.

*Künftige Schritte mit der Schweiz:* Die konkrete Umsetzung der bilateralen Verträge und der damit verbundenen Massnahmen steht im Zentrum des weiteren Vorgehens. Zudem besteht die Möglichkeit einer Beteiligung der Schweiz an bestimmten Projekten. Zunächst gilt es, einen Entscheid zu fällen, ob weitere bilaterale Verträge oder eine allfällige Rahmenvereinbarung angestrebt werden.

Ulrich Trautmann war als EU-Mitarbeiter wesentlich an den Verhandlungen mit der Schweiz beteiligt. Die mit ihm besprochenen Themen drehten sich in erster Linie um den bilateralen Weg der Schweiz und die zukünftige Entwicklung zwischen der Schweiz und der EU.

*Bilateraler Weg der Schweiz:* Ulrich Trautmann stellt aus EU-Sicht klar, dass der bilaterale Weg nur funktioniert, wenn die Partner sich gegenseitig achten. Die Schweiz kann die EU nur so nehmen, wie sie ist, das heisst einschliesslich aller neuen Erweiterungen. Wenn sie die EU aktiv mitgestalten will, muss sie ihr beitreten. Der Bilateralismus hat eine Vielzahl sektorieller Abkommen zur Folge. Ein globales Abkommen würde hier Ordnung schaffen.

Die Konzeption des Bilateralismus an sich betrachtet Trautmann als fragwürdig. Die Schweiz ist faktisch in vielen Fällen – insbesondere in technischen und unternehmerischen Zusammenhängen – bereits in Europa integriert. Aus Gründen der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit müssen Normen dann ebenfalls übernommen bzw. angeglichen werden; dies erfolgt ohne Mitspracherecht der Schweizer Bürgerinnen und Bürger als «Autonomer Nachvollzug».

*Einschätzung der künftigen Entwicklung zwischen der Schweiz und der EU:* Trautmann führt aus, dass die Osterweiterung 2004 in der EU zu fundamentalen Veränderungen geführt hat. Früher war die EU grosszügiger mit Ausnahmeregelungen. Nach einer Flut von Eingaben im Jahr 2000 beschloss der Ministerrat, dass es keine Ausnahmeregelungen mehr geben wird. In der Vergangenheit wurden im Bezug auf die Schweiz oft «beide Augen zugedrückt» – dies wird künftig definitiv nicht mehr möglich sein.

### Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Pierre Mirchel ist als EU-Mitarbeiter am Vorbereitungsprozess von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beteiligt. Mit der SEK-Delegation sprach er über folgende Themen:

*Stand der Beitrittsverhandlungen:* Das gegenwärtige Gesamtpaket umfasst eine Reihe von Vorverhandlungen, die dann über die Zulassung von Verhandlungen entscheiden werden. Das Verhandlungspaket hat verschiedene Kapitel. Eines davon heisst «*fundamental rights*» (Kap 23). Hier ist die Türkei klar noch nicht beitragsfähig; man rechnet mit einem langen Prozess von mindestens zwanzig Jahren, bis es soweit sein wird. Der Weg mit der Türkei ist aber gegenwärtig wichtiger als das Ziel. Noch ist offen, ob ein Beitritt realisierbar sein wird oder nicht.

*Armenierfrage:* In der Türkei selbst muss bezüglich der Armenierfrage ein Bewusstseinsprozess in Gang gesetzt werden; auch hier ist mit einer langen Entwicklung zu rechnen. Mit der Berufung einer Historikerkommission ist hierzu immerhin ein Anfang gesetzt.

*Christliche Minderheiten:* Wichtige Indikatoren des Schutzes sind hierbei, dass a) die theologischen Fakultäten in der Türkei wieder erlaubt werden

müssen, dass b) Kirchenbesitz nicht weiter verkauft werden darf und dass c) der Schutz christlicher Denominationen (gemäss «Lausanner Abkommen») gewährleistet sein muss.

*Religionsfreiheit:* Die Frage der Religionsfreiheit und des Verhältnisses von Kirche und Staat wird von zentraler Bedeutung sein. Zu dieser Thematik stellte die Delegation des SEK das schweizerische Projekt des «Rates der Religionen» vor.

## 2.2.8 Empfang durch die Schweizer Vertretung bei der EU

### Gespräch mit dem Botschafter Bernhard Marfurt

Als Gesprächseinstieg gab Botschafter Bernhard Marfurt der SEK-Delegation einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Situation innerhalb der EU im Allgemeinen und über die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz im Speziellen.

Die Osterweiterung im Jahr 2004 bedeutete für die EU einen einschneidenden Schritt, der noch längst nicht bewältigt ist: Es bestehen sehr unterschiedliche Ausgangslagen in den verschiedenen Ländern (z.B. in den Bereichen Wirtschaft, Recht und Forschung). Politische Kulturen und Identitäten werden sich einander erst annähern, die Beziehungs- und Machtstrukturen sich erst neu einpendeln müssen. So haben Frankreich und Deutschland politisch und wirtschaftlich an Einfluss verloren; Grossbritannien und die nordischen Länder drängen auf Liberalisierungen; Frankreich und die Niederlande haben die Ratifizierung der Verfassung abgelehnt. Hinzu kommt als drängendes Problem die Budget-Krise.

Dagegen ist es eine der wichtigsten Leistungen der EU, dass sie durch die Eröffnung von Perspektiven grössere Stabilität in Länder gebracht hat, in welchen vorher keine solche existierte (z.B. im Balkan, in der Ukraine oder der Türkei). Diese Länder machen Fortschritte in Bezug auf Demokratisierung, Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit.



### Als grundsätzliche Probleme sind zu nennen:

- *Das europäische Sozialmodell:* Man hat nicht den Eindruck, dass die EU hierzu verantwortliche Lösungsmöglichkeiten vorzuweisen hätte (z.B. betreffend der Rolle des Staates in puncto Altersvorsorge).
- *Die wirtschaftliche Ausrichtung:* Das liberale Wirtschaftsmodell wurde durch die Osterweiterung gestärkt. In diesen Ländern gibt es heute dynamische, auf Expansion drängende Ökonomien.
- *Der Verfassungsvertrag:* Nach der Nicht-Ratifizierung durch Frankreich und die Niederlande ist es unwahrscheinlich, dass der Vertrag so je in Kraft treten kann. Eine Stärkung des Europäischen Parlaments wird auf diesem Wege nicht erfolgen (eine Million EU-Bürgerinnen und -Bürger hätten direkte Eingaben machen können).

Die Schweiz hat ein grundlegendes Interesse an einer funktionierenden EU. Die bilateralen Abkommen sind zwar ein guter Weg der Zusammenarbeit, aber sie bieten keine Möglichkeit zur Mitentscheidung. Trotzdem sind laufend Gesetzesanpassungen nötig («Autonomer Nachvollzug»). Die Schweiz kann es sich nicht leisten, die EU-Normen nicht zu übernehmen; dies würde sie ins wirtschaftliche Abseits manövrieren. In Zukunft werden zwischen der Schweiz und der EU weitere Verträge möglich sein, sofern sie der EU nützen (*Galileo*, *food safety agency*, Epidemievorsorge). Ansonsten besteht seitens der EU grösste Zurückhaltung gegenüber bilateralen Verträgen. In Zukunft sollen keine Konzessionen «über's Kreuz» mehr möglich sein.

Wichtig für die Diskussion in der Schweiz ist es, die Grössenverhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren. Die Schweiz ist nicht autonom. Die Abhängigkeiten sind klar ersichtlich: 60 Prozent der Schweizer Exporte gehen in EU-Gebiet. Die Leistungen der Schweiz werden dagegen nicht von allen Ländern gleich hoch eingeschätzt (z.B. Investitionen in den Transitverkehr nützen den baltischen Staaten wenig). Der Bundesrat hat sich zu einem Kohäsionsbeitrag in der Höhe von 200 Millionen Franken verpflichtet. Der politische Kampf in der Schweiz darüber steht noch aus. Die eingegangenen Verpflichtungen sind aber unbedingt einzuhalten, da die Schweiz sonst ihre Glaubwürdigkeit einbüßen würde.

Das schweizerische politische System der direkten Demokratie ist nach Meinung des Botschafters nicht übertragbar auf die EU, da die in der EU versammelten Länder eine ganz andere Geschichte haben. Auch das Europäische Parlament spielt eine relativ geringe Rolle; seine Mitglieder sind in den einzelnen Ländern deutlich schlechter verankert als nationale Politiker. Die Aufklärungs- und Vermittlungsfunktion der EU liegt allein bei den Regierungen. Durch den Beitritt zur EU würde die Schweiz in Bezug auf die direkte Demokratie Opfer bringen müssen (Demokratieverlust). Dagegen aufzuwiegen ist allerdings der Gewinn an Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten. Einige Ideale wie beispielsweise Sicherheit, Stabilität und Solidarität teilt die Schweiz aber durchaus mit der EU. Besonders der Aspekt der Sicherheit und Stabilität sollte im öffentlichen Diskurs viel stärker betont und könnte auch von den Kirchen unterstützt werden.

### 2.2.9 Gespräch mit Michael Weninger (Mitglied des Beraterstabs von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso: zuständig für den Dialog mit den Religionen)

Der Österreicher Michael Weninger hat ein Studium der römisch-katholischen Theologie und Philosophie abgeschlossen und als Diplomat in diversen Ländern Osteuropas gearbeitet. Im Beraterstab des EU-Kommissionspräsidenten Barroso ist er zuständig für den Dialog mit den Religionen. Vor diesem persönlichen Hintergrund kommt in seinen Äusserungen ein relativ geschlossenes römisch-katholisches Bild von Europa («Re-Christianisierung Europas») zum Ausdruck.

#### Situierung der Religionen in der EU:

*EU der Institutionen – EU als Summe der Bürgerinnen und Bürger:* Zwischen diesen beiden Grössen klafft zunehmend ein Graben. Umso wichtiger ist der Dialog, um eine Brücke zu schlagen zwischen Institutionen und Bevölkerung. Gerade wenn es um die Bildung einer europäischen Identität geht, spielt die religiöse Befindlichkeit der Bürgerinnen und Bürger eine entscheidende Rolle, da ein grosser Teil der Bevölkerung sich als religiös versteht.

*Kirchen ohne Status:* Kirchen und Religionsgemeinschaften sind aus Sicht der EU – mit Ausnahme des Heiligen Stuhls – juristisch nicht existent. Die EU tendiert eindeutig zu einer laizistischen Grundhaltung. Die Kirchen sind geduldet, ihr thematischer Einfluss aber abhängig von persönlichen Kontakten. Laut Weninger gilt es, gemäss dem Verfassungsentwurf einen institutionalisierten und strukturierten Dialog zu schaffen. Als erster Schritt dazu sollen die zweimal jährlich stattfindenden direkten Besprechungen (Consultative Councils) mit Kommissionspräsident Barroso dienen.

#### Wesentliche Gesprächsthemen waren:

- *Verfassungsentwurf – Kirchen:* Art. 1, 47 betrifft den Dialog mit der Zivilgesellschaft. Art. 1, 52 betrifft den Dialog mit den Religionen, der «offen, regelmässig und transparent» sein soll. Der Unterschied zwischen Kirchen und Zivilgesellschaften liegt im Transzendenzbezug. Also brauchen Kirchen einen eigenen Status.
- *Funktion des geplanten Consultative Council:* Die EU ist auf den «offenen, regelmässigen und transparenten Dialog» (Art. 52) mit den Kirchen noch nicht vorbereitet. Ziel des Council ist es, dieses Instrument der Verfassung bereits vorweg einzuführen. Zur Stellung der direkten Vertretungen (Katholiken, Orthodoxe) und zu anderen Instrumenten der Kontaktpflege äusserte sich Michael Weninger nicht.
- *Römisch-katholischer Status:* Die Europapolitik des Vatikans ist stark ausgeprägt. Die dortigen hierarchischen Strukturen erlauben schnelle und verbindliche Entscheidungen.
- *Die Identität Europas – das «europäische kulturelle Erbe»:* Wie steht es um die religiöse Identität Europas? Ist Europa christlich? Die europäische Kultur ist heute durch eine bunte Mischung von Werten geprägt, weist jedoch einige prägende Grundwerte auf. So führte beispielsweise die Würde des Menschen (Gottebenbildlichkeit) zur Aufnahme der Grundrechte in den Verfassungsentwurf.

Für die Kirchen stellen sich bezüglich der EU verschiedene Fragen: Wie kann der Umgang mit einer säkularen Gesellschaft aussehen? Gibt es eine spezifisch protestantische Weise dieses Umgangs? Orthodoxe und römisch-katholische Kirche vertreten dabei verstärkt fundamentale Positionen. Wie steht es in diesem Zusammenhang mit dem Umgang mit anderen Reli-

gionen? Und wie kann die Vertretung kirchlicher Interessen bei der EU erfolgen?

#### 2.2.10 Gespräch mit dem Vertreter der KEK-Arbeitsgruppe «Europäische Integration», Peter Pavlovic

Eine der CSC-Arbeitsgruppen beschäftigt sich mit der Thematik der «Europäischen Integration». Ihr Verständnis von europäischer Integration ist massgeblich dadurch bestimmt, dass Europa in geographischer Hinsicht über die EU hinausreicht und mehr als bloss eine Wirtschaftsgemeinschaft mit gemeinsamem Markt und einheitlicher Währung darstellt. Die soziale Dimension, das Thema Religion und die Wertefragen müssen deshalb auch von kirchlicher Seite immer wieder in die Diskussionen eingebracht werden. Die Integration ist ein lang dauernder Prozess. Dabei sind gemäss Peter Pavlovic die Kirchen in Europa (insbesondere in Osteuropa) relativ schlecht auf die EU vorbereitet – sowohl was Themen und Fragestellungen betrifft als auch in struktureller Hinsicht; Netzwerke bestehen nicht in ausreichendem Masse.

#### Prioritäten der Arbeitsgruppe

Die Hauptaufgaben der Arbeitsgruppe bestehen darin, den Integrationsprozess zu beobachten (Monitoring), die mit der EU verbundenen Hoffnungen mit den resultierenden Realitäten zu vergleichen und dabei insbesondere die sozialen Auswirkungen im Blick zu behalten. Die Arbeitsgruppe möchte konkret dazu beitragen, den im EU-Verfassungsentwurf avisierten Dialog mit den Kirchen (Art. 52) zu institutionalisieren. Laufend bearbeitete Themenfelder sind zudem Identität und Diversität, das Verhältnis von säkularen und religiösen Werten und der Beitrag der Kirchen zur Umsetzung ethischer Werte. Hierbei gilt es zu beachten, dass Unterschiede in ethischen Fragen nicht so sehr entlang konfessioneller Grenzen bestehen, als vielmehr zwischen Ost und West: Protestanten aus osteuropäischen Ländern sind oft der Position der Orthodoxen näher als derjenigen der westlichen Protestanten. Die kulturellen Prägungen erweisen sich als sehr stark und langlebig.

Als weitere Schwierigkeit im Integrationsprozess der EU erweist sich die Frage nach einem möglichen Beitritt der Türkei. Pavlovic erläuterte, dass die Türkeifrage stark mit der generellen Frage nach Vision und Konzept der Europäischen Integration zusammenhängt. Sie hat auch entscheidend mit Religion zu tun, so beispielsweise bei der Frage des Schutzes christlicher Minderheiten, beim Konzept des Verhältnisses von Kirche/Religion und Staat sowie bei den kulturellen Werten (z.B. die Frauenfrage).

In EU-Ländern spricht sich die Bevölkerung momentan in hohem Masse gegen einen Beitritt der Türkei aus, besonders in Ländern mit einer türkischen Minderheit (z.B. Deutschland). In der Türkei selbst sehen 50 Prozent die EU als «Christenclub»; bloss zwei Prozent schätzen sie als Instrument der Modernisierung ein. Es existieren noch viele ungelöste Fragen; eine Menge gegenseitiger Bilder und Vorurteile gilt es zu korrigieren. Die Kirchen könnten dabei eine wichtige Rolle im Dialog mit der Bevölkerung spielen, gerade weil sie den Vorteil haben, direkt bei den Menschen in den Gemeinden präsent zu sein.

#### 2.2.11 Treffen mit der Brüssler Vertretung der APRODEV Gespräch mit dem Direktor Rob van Drimmelen

Die *Association of World Council of Churches related Development Organizations in Europe* (APRODEV) wurde 1990 gegründet. Sie hat 17 Mitgliedsorganisationen; in der Schweiz sind das die beiden Hilfswerke Brot für alle (BFA) und das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS). APRODEV setzt sich zum Ziel, eine umfängliche Lobbyarbeit zu betreiben und die weltweite Arbeit der Hilfswerke zu koordinieren.

APRODEV ist besonders stark in nördlichen Staaten, während der Zusammenschluss der römisch-katholischen Hilfswerke ihre Basis stärker in Südeuropa hat. Als übergeordneten Zusammenschluss aller Hilfswerke gibt es zudem den *European NGO Confederation for Relief and Development* (Concord).

Die heutige Situation von APRODEV gegenüber der EU ist wesentlich von der laizistischen Trennung von Kirche und Staat bestimmt. Das hat

zur Konsequenz, dass jegliche Verbindungen zu Kirchen (bei APRODEV durch den Bezug zum ÖRK) schnell den Verdacht auf Missionsabsichten wecken.

Die EU ist im Entwicklungsbereich heute ein Hauptakteur, dies gilt für die Bereiche Entwicklungshilfe, Investitionen und nicht zuletzt den Einfluss auf die Welthandelsorganisation (WTO). Auf der Ebene des Managements zeichnet sich die EU aus Rob van Drimmelen's Sicht durch grosse Bürokratie, komplizierte Strukturen und ein «Macht-Labyrinth» aus. Auf Ebene der Policy hielt die EU bereits von Beginn weg fest, dass sie spezielle Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien unterhalten will (*Lomé-Agreement*). Das jetzige *Cotonou-Agreement* zielt noch stärker als bisher auf freien Handel.

#### Aktuelle Herausforderungen an APRODEV:

- 1) *Bench mark approach*: Angesichts der Freetrade-Strategie richtet APRODEV den Blick auf die Fragen: Was sind die Auswirkungen auf die Menschen? Unter welchen Bedingungen führt freier Handel zu Entwicklung und zu mehr Wohlstand – und unter welchen zu grösserer Armut?
- 2) *Lack of coherence*: Innerhalb der EU sind wirtschaftspolitische Widersprüche feststellbar. So werden z.B. mit EU-Entwicklungsgeldern Bauern mit Kleintierhaltung in Kamerun unterstützt, während gleichzeitig im grossen Stil tiefgefrorene Poulets nach Kamerun exportiert werden. Eine Advocacy-Politik ist notwendig, um die EU-Handelspolitik nachhaltig zu beeinflussen; eine blosser Unterstützung von Entwicklungsprojekten nützt hier nichts.
- 3) *Sicherheit und Entwicklung*: Nach der EU-Erweiterung 2004 wird eine *European neighbourhood policy* betrieben. Dabei werden im Namen der EU-Sicherheit Entwicklungsgelder im Osten eingesetzt, die dann beim Kampf gegen die Armut im Süden teilweise fehlen.

#### Wesentliche Gesprächsthemen mit dem Direktor waren:

- *Die Zukunft der protestantischen Hilfswerke*: Die Hilfswerke mit protestantischem Hintergrund haben ein ganz zentrales Manko: Sie sind strukturell zu wenig organisiert. Eine Dachorganisation (*Proposed Ecumenical Alliance on Development*, PEAD) soll den früheren Zusammen-

schluss unter dem Dach des ÖRK ersetzen. Die PEAD hätte drei Säulen: *Humanitarian aid, Ecumenical development organisation, Advocacy organisation* (Humanitäre Hilfe, Ökumenische Entwicklungsorganisation und Rechtsorganisation). Das Vorhaben wird im ÖRK noch diskutiert.

- *Die Zusammenarbeit zwischen APRODEV, KEK und ÖRK:* Die drei Organisationen versuchen, möglichst mit einer einheitlichen Stimme zu sprechen. Gleichzeitig benötigt es aber eine sinnvolle Aufteilung der Aufgaben. Beispiel Tschetschenien: ÖRK und KEK hatten hier gewisse Rücksichten auf die Orthodoxen zu nehmen. Gleichzeitig konnten sie Kontakte zu den entsprechenden Ländervertretungen bei der EU vermitteln, wo APRODEV dann einhaken konnte.
- *Zusammenarbeit mit Eurodiaconia:* Die Ausrichtung wäre sehr ähnlich. Eine zentrale Schwierigkeit besteht aber darin, dass die diakonische Arbeit und die Entwicklungsarbeit aus historischen Gründen in vielen Kirchen organisatorisch getrennt sind.
- *World Vision – Einschätzung:* APRODEV bewertet viele der Projekte von *World Vision* positiv, stösst sich aber an den zum Teil sehr fundamentalistischen Strömungen und Strukturen. *World Vision* konkurrenziert mit seiner pointiert amerikanischen Ausrichtung etablierte Hilfswerke in Europa. Es besteht keine Rechenschaftsstruktur innerhalb des Hilfswerks (keine Rechenschaft z.B. gegenüber einer Synode).

## 2.3. Rückblick und Schlussevaluation

### 2.3.1 Rückblick Strassburg

Die Reise nach Strassburg umfasste drei Programmpunkte: Der Besuch des dortigen KEK-Büros, der Empfang durch eine Delegation der Schweizer Parlamentarier beim Europarat und der Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg – einschliesslich ausführlicher Gespräche mit Richter Luzius Caflisch und dem Menschenrechtskommissar des Europäischen Gerichtshofs Alvaro Gil-Robles.

#### Erkenntnisse in Strassburg

Das KEK-Büro in Strassburg ist mit einer Fülle von Aufgaben konfrontiert. Für die Erledigung dieser Aufgaben ist das Büro mit Pfarrer Richard Fi-

scher und einer Sekretärin personell jedoch unterbesetzt. Zudem besteht kein offizieller Status beim Europarat; die Folge ist eine Nicht-Wahrnehmung der KEK in vielen Fragen: von politischer Seite wurde der Vorwurf laut, die Kirchen fänden nicht zu *einer* Stimme.

Der Europarat und seine Politiker – einschliesslich der schweizerischen – brauchen von sich aus die Kirchen nicht, nicht einmal um religiöse Fragen zu diskutieren. Einzig die römisch-katholische Kirche wird wegen ihres Status wahrgenommen. Die Ausrichtung des Europarates ist dezidiert säkular. Derzeit gewinnt jedoch die Frage der Religion infolge der Globalisierung wieder an Aktualität. Wird sie einerseits wegen der Zunahme religiöser Fanatismen als problematisch wahrgenommen, bietet sie andererseits Halt und Identität angesichts unüberschaubar werdender globaler Strukturen.

Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob der Europarat ideal ist für die Schweiz. Mit seinen Anliegen in den Bereichen Menschenrechte, Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit ist er dem protestantisch kirchlichen Verständnis zwar sehr nahe. Diese kirchliche Position ist beim Europarat aber überhaupt nicht bekannt und aufgrund der dezidiert säkularen Ausrichtung der EU möglicherweise auch nicht gefragt.

#### Offene Fragen und Aufgaben

- Sind die Instrumente des kirchlichen Vorgehens adäquat? Sollte die KEK nicht vielmehr die direkten Interventionen seiner Mitgliedkirchen koordinieren? Was sollte ihre Zielrichtung sein: Vernetzungsarbeit oder direkte Präsenz?
- Was ist das Ziel der Arbeit: Will die protestantische Kirche als KEK oder als Protestantinnen und Protestanten wahrgenommen werden?
- Wie stellt sich die protestantische Kirche zur völkerrechtlichen Stellung des Heiligen Stuhls?
- Welche Kontaktmöglichkeiten bestehen zwischen dem SEK und der parlamentarischen Vertretern im Europarat? Hier gilt es, Möglichkeiten der besseren Einflussnahme zu prüfen.
- Religionsfreiheit: Was sind die minimalen Rechte, die religiöse Gemeinschaften haben müssen in der freien Ausübung ihrer Religion?
- Menschenrechte: Die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte in Kirchen und religiösen Gemeinschaften ist eine zentrale Aufgabe

(dieses Thema ist z.B. anhand des Dokuments «*Women and Religion*» aufgetaucht).

### 2.3.1 Rückblick Brüssel

Die Reise der SEK-Delegation nach Brüssel sah eine Reihe von Gesprächen vor. Neben dem Besuch beim Brüsseler KEK-Büro der Kommission «Kirche und Gesellschaft» standen Besuche bei der CCME, im EKD-Büro und bei der Brüsseler Vertretung der APRODEV auf dem Programm. Zudem fanden Treffen mit Mitarbeitern der EU-Kommission, ein Empfang durch die Schweizer Vertretung bei der EU sowie ein Gespräch mit Michael Weninger vom Beraterstab des EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso statt.

#### Beobachtungen und offene Fragestellungen

Bezüglich der Organisation der kirchlichen Lobbyarbeit bei der EU gibt es zwei in Spannung zueinander stehende Pole: Auf der einen Seite steht die Zusammenarbeit der Kirchen in der KEK. Durch das gemeinsame Auftreten kann den Kirchen grösseres Gewicht, eine stärkere Stimme im politischen Diskurs verliehen werden. Auf der anderen Seite steht das Bedürfnis nach einer eigenen, protestantisch-kirchlichen Stimme und die Frage, wodurch diese dann genau geprägt wäre.

Wie sähe eine spezifisch protestantische Identität im Zusammenhang mit der EU aus? Klar ist: Die Vielfalt des Protestantismus ist für die direkte Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen hinderlich, da dafür eine koordinierende Organisation und möglichst klare, zugespitzte Stellungnahmen nötig sind – denn: Lobbyarbeit ist eine politisch-strategische Arbeit.

Trotz ihrer stark wirtschaftspolitischen Ausrichtung ist die EU der Ort, welcher in politischer Hinsicht immenses Gewicht hat, da die gefällten Entscheide umgehend rechtswirksam werden. Sie ist darum auch für die Anliegen der Schweizer Kirchen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

### 2.2.3 Schlussevaluation

Im Anschluss an die Studienreise nach Strassburg und Brüssel lassen sich eine Reihe von offenen Fragestellungen und von zukünftig zu bearbeitenden Themenfeldern benennen:

- Die Wahrnehmung der protestantischen Kirche ist oftmals wenig ausgeprägt. Eine Stärkung der Wahrnehmung als protestantische Kirche ist nötig. Eine andere, bessere Kirchenpolitik könnte hier der Vertretung protestantischer Werte stärkeres Gewicht verleihen.
- Die zukunftsweisende Bedeutung der EU ist auf der Reise deutlich geworden. Bei den europäischen Institutionen werden entscheidende Themen bearbeitet, die auch die Zukunft der Schweiz prägen werden. Denn: Entscheide in der EU setzen sich direkt in Recht um. Dies wirkt sich fast umgehend auf die Gesetzgebung in der Schweiz aus. Der SEK sieht deshalb eine seiner Aufgaben darin, das Bewusstsein für Europafragen in den Mitgliedkirchen zu fördern und diese konsequenter über aktuelle europäische Themen auf dem Laufenden zu halten. Die Schweiz und die Schweizer Kirchen sind Bestandteil von Europa. Darum gilt es, substantiell über die Vertretung in Europa nachzudenken (als Kirche und als Schweiz insgesamt).
- Die zentralen Themen des Europarates – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – sind auch wichtige protestantische Themen. Durch eine stärkere Präsenz könnten die Kirchen dort massgeblich zu einem friedlicheren Zusammenleben der Religionen beitragen.
- Die Delegation hat auf ihrer Reise die Komplexität der Themen und der europäischen Organisationen eindrücklich erlebt. Dem entgegen steht die Notwendigkeit schneller und qualitativ hochrangiger Stellungnahmen
- Die CSC-Kommission arbeitet gut und durchaus im Sinne der Reformierten. Sie steht allerdings in Spannung zum KEK-Überbau (mit Orthodoxen) und hat mit einer Vielfalt von (ethischen) Haltungen seitens ihrer Mitgliedkirchen umzugehen.
- So besteht – auch innerprotestantisch – in ethischen Fragen häufig ein Ost-West Graben. Dies ist ein Feld, in dem die Gemeinschaft der Evangelischen Kirchen Europas (GEKE) aktiv werden könnte.
- Der Aufbau von Europa, die europäische Solidarität, muss praktische Auswirkungen haben auf die Mitgliedländer.

- Für die Lobbyarbeit der Schweizer Kirchen könnten persönliche Kontakte zu Schweizer Parlamentariern vermehrt Bedeutung erhalten.
- Der Frage des Verhältnisses von Religionsfreiheit und Menschenrechten (z.B. in Bezug auf Frauen) wird in Zukunft grosses Gewicht zukommen. Die Kirchen müssen hierzu Position ergreifen.
- Wie könnten ein gemeinsames Vorgehen, gemeinsame Projekte der Mitgliedkirchen der KEK im Bereich des interreligiösen Dialogs aussehen?

Eine verbesserte Kommunikation der KEK-Arbeit in Brüssel zu den Mitgliedkirchen des SEK und bis auf Ebene der Gemeinden würde Europa-themen im Schweizer Protestantismus präsender machen. Die Frage, ob Europabeauftragte in den Mitgliedkirchen sinnvoll wären, sollte ebenso geprüft werden wie die Überlegung, eine Vertretung der Schweizer Kirchen bei der KEK zu eröffnen oder Theologiestudierende stärker einzubeziehen. Zunächst einmal sind bestehende Gefässe noch besser zu nutzen (KEK-Arbeitsgruppen, GEKE, Frauen- und Diakoniekonferenz, etc.). Ziel wäre es, den Themenbereich «Europa» als Bestandteil der SEK-Arbeit zu verstärken und im Dienste der Vertretung von protestantisch-kirchlichen Anliegen wirkungsvolle Lobbystrategien in der Zusammenarbeit mit KEK und GEKE sowie den Schweizer Behörden zu entwickeln.

### 3. Abkürzungsverzeichnis

APRODEV	<i>Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe</i> /Europäische Vereinigung von Hilfswerken
BFA	Brot für alle
CCME	Kommission der Kirchen für Migranten in Europa
ComECE	Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft
Concord	European NGO <i>Confederation for Relief and Development</i>
CSC	Kommission «Kirche und Gesellschaft»
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EECCS	<i>European Ecumenical Commission on Church and Society</i> /Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EU	Europäische Union
GEKE	Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa
HEKS	Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz
ISE	Institut für Sozialethik
KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
PEAD	<i>Proposed Ecumenical Alliance on Development</i>
RWB	Reformierter Weltbund
WTO	Welthandelsorganisation